

AfD Stadtratsfraktion · Rathaus · 40789 Monheim am Rhein

Frau Bürgermeisterin
Sonja Wienecke
Rathaus
40789 Monheim am Rhein

Monheim am Rhein, den 26.08.2026

Antrag: Bericht und konkrete Maßnahmen zur Verkehrssituation in der Sandstraße

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

unser Antrag vom 05.03.2026 zur Prüfung verkehrslenkender Maßnahmen in der Sandstraße wurde unter Hinweis auf eine fehlende Zuständigkeit des Rates abgelehnt.

Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Problematik bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2026 behandelt worden war. In diesem Zusammenhang wurde die Verwaltung beauftragt, mögliche Maßnahmen zu prüfen und den zuständigen Ausschuss über die Ergebnisse zu informieren.

Damit besteht seit geraumer Zeit ein entsprechender Prüfauftrag der Verwaltung. Eine konkrete Berichterstattung über die Ergebnisse und daraus abgeleitete Maßnahmen ist bislang jedoch nicht erfolgt.

Die Dringlichkeit der Angelegenheit hat sich zwischenzeitlich weiter erhöht. Bereits während der Sperrung der A59 in Fahrtrichtung Monheim waren die Verkehrsverhältnisse in der Sandstraße teilweise unerträglich. Die erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastung führte insbesondere für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer zu einer aus unserer Sicht nicht hinnehmbaren Gefährdung.

Bei einer Sperrung der A59 in der Gegenrichtung ist mit einer vergleichbaren Belastung zu rechnen. Es kann daher nicht abgewartet werden, bis eine erneute Sperrung zu erheblichen Verkehrsproblemen führt.

Darüber hinaus hat sich die Verkehrssituation unabhängig von einer A59-Sperrung bereits jetzt wieder deutlich verschärft. Insbesondere seit der Eröffnung der REWE- und Lidl-Märkte ist eine erhebliche Zunahme des Verkehrs festzustellen.

Aus Sicht unserer Fraktion besteht daher dringender Handlungsbedarf. Die wiederholt auftretenden erheblichen Verkehrsbelastungen können nicht lediglich beobachtet werden. Vielmehr müssen auf Grundlage der bereits erfolgten Prüfung konkrete Maßnahmen entwickelt und, soweit möglich, umgesetzt werden.

Antrag

Die Verwaltung wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Ordnung, öffentliche Angelegenheiten und Verkehr umfassend über den bisherigen Prüfauftrag zur Verkehrssituation in der Sandstraße und dessen Ergebnisse zu berichten.

Dabei ist insbesondere darzustellen:

- welche verkehrslenkenden, verkehrsberuhigenden oder sonstigen Maßnahmen geprüft wurden,
- zu welchen Ergebnissen die Prüfung jeweils geführt hat,
- welche Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung geeignet und rechtlich sowie tatsächlich umsetzbar sind,
- welche konkreten Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können,
- welche Maßnahmen gegebenenfalls weitergehende Prüfungen oder Beschlüsse erfordern und
- in welchem zeitlichen Rahmen mit einer Umsetzung geeigneter Maßnahmen gerechnet werden kann.

Sollte die Verwaltung zu dem Ergebnis kommen, dass keine geeigneten Maßnahmen erforderlich oder umsetzbar sind, wird um eine nachvollziehbare Begründung sowie eine Darstellung der hierfür maßgeblichen verkehrlichen und rechtlichen Gründe gebeten.

Begründung

Die Verkehrssituation in der Sandstraße ist seit längerer Zeit problematisch und hat sich durch die Entwicklung des Verkehrsaufkommens weiter verschärft. Die Erfahrungen während der A59-Sperrung haben zudem deutlich gezeigt, welche zusätzlichen Belastungen bei einer erneuten Sperrung auf die Sandstraße zukommen können.

Da die Verwaltung bereits mit der Prüfung möglicher Maßnahmen beauftragt wurde, ist es aus Sicht unserer Fraktion nunmehr erforderlich, die Ergebnisse transparent darzustellen und daraus konkrete Handlungsschritte abzuleiten.

Eine weitere bloße Beobachtung der Situation wird dem bestehenden Handlungsbedarf nicht gerecht.

Mit freundlichen Grüßen

AfD-Ratsfraktion-Monheim am Rhein

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. Burghaus', is displayed on a light blue rectangular background.

H. Burghaus, Vorsitzender